

---

*Hilde Schramm*

## Der Kongress »Das Freie Wort« am 19. Februar 1933 in Berlin

*Zur Zusammenarbeit von Linksliberalen, Sozialisten und Kommunisten  
am Ende der Weimarer Republik*

---

Im Kongress *Das Freie Wort* traten Intellektuelle, Künstler und Repräsentanten zahlreicher Vereinigungen gemeinsam mit Männern und Frauen aus verschiedenen Parteien – von der demokratischen Mitte über die SPD bis zur KPD – öffentlich für die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Lehr- und Redefreiheit und die Freiheit der Kunst ein. Am Tagungsort, dem großen Festsaal der ehemaligen *Krolloper* im Zentrum von Berlin, fanden sich am Sonntag Vormittag des 19. Februar 1933 ab zehn Uhr an die 1000 Menschen ein, davon mindestens 100 Journalisten aus dem In- und Ausland.<sup>1</sup> Eingeladen hatte *Das Initiativkomitee Das Freie Wort*. Gegen halb zwei Uhr wurde der Kongress von der Polizei aufgelöst.

Nur neun Tage später diente der Reichstagbrand der Regierung als Vorwand, mit der Notverordnung vom 28. Februar 1933 »bis auf weiteres«, also unbefristet, die Bürgerrechte der Weimarer Verfassung »zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte« außer Kraft zu setzen.<sup>2</sup> Unmittelbar danach begannen die Verhaftungen von Kommunisten, Sozialisten und anderen Oppositionellen. Rückblickend besteht kein Zweifel: Der Kongress *Das Freie Wort* kam viel zu spät und blieb politisch völlig wirkungslos. Aber allein die Tatsache, dass er angesichts von Terror und Einschüchterung im Vorfeld der Reichstagswahl am 5. März 1933 überhaupt stattfand, rechtfertigt seine Würdigung.

Seit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 war der staatlich geduldete wilde Terror und der staatlich legalisierte Terror gegen die politischen Gegner ständig angewachsen. Gleich am 4. Februar 1933 hatte eine Notverordnung die Versammlungs- und Pressefreiheit über die bereits bestehenden Einschränkungen hinaus beschnitten.<sup>3</sup> Am 17. Februar hatte Göring mit seinem berüchtigten *Schießerlass* der Polizei Straffreiheit bei Schusswaffengebrauch gegen alle »staatsfeindlichen Kräfte« zugesichert. Am 22. Februar waren die bewaffneten SS und SA Einheiten (ca. 50.000 Mitglieder) offiziell zu Hilfspolizisten ernannt worden.

In dieser Zeit persönlicher Gefährdung aller Oppositionellen veranstaltete eine Minderheit innerhalb des liberalen Bürgertums gemeinsam mit einer Minderheit unter den Sozialisten und Kommunisten den Kongress *Das Freie*

*Wort.* Die Beteiligten demonstrierten damit, dass eine Zusammenarbeit gegen die Nationalsozialisten - über Parteigrenzen und gesellschaftspolitische Differenzen hinweg - prinzipiell möglich sei. Das ist seine historische Bedeutung.

*Medienresonanz und Quellen.* - Die Quellenlage zum Kongress ist dürftig. Unmittelbar nach dem Kongress berichteten, so weit bislang bekannt, nur sieben Zeitungen über die Kundgebung. Es waren dies, mit 50 bis 90 Zeilen, die bekannten liberalen Blätter: *Frankfurter Zeitung*, *Berliner Tageblatt*, *Vossische Zeitung*, *Die Welt am Montag*, und als linkes Blatt *Die Welt am Abend*. Hinzu kamen kürzere Beiträge von ca. 30 Zeilen im *Berliner Montagblatt* und in der *Berliner Volkszeitung*.<sup>4</sup> Auszuschließen ist nicht, dass darüber hinaus in einigen regionalen Medien Artikel erschienen. Die ausländische Presse scheint, wie eine Stichprobe ergab, dem Kongress so gut wie keine Bedeutung beigemessen zu haben, nur die *Neue Züricher Zeitung* bringt eine kurze Mitteilung von 14 Zeilen über dessen Auflösung.<sup>5</sup>

Neben der Resonanz in der Tagespresse fand ich eine einzige Zeitschriftenveröffentlichung, und zwar im Märzheft 1933 der traditionsreichen, aber heute fast vergessenen *Ethischen Kultur*,<sup>6</sup> gezeichnet mit D. L., wohinter sich zweifelsfrei Dr. Dora Lux verbirgt.<sup>7</sup>

Man muss konstatieren: Der Kongress ging in den Medien angesichts der rasanten Machtausdehnung der Nationalsozialisten zwischen der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar und den Wahlen am 5. März weitgehend unter. Und man sollte sich auch eingestehen: Der Kongress war angesichts von Massenprotesten wie der ebenfalls am 19. Februar stattfindenden Kundgebung des *Reichsbanners-Schwarz-Rot-Gold* im Lustgarten in Berlin mit 10.000 Teilnehmern oder dem kurz davor erschienenen, beeindruckenden Manifest der Zentrumsparterie nur eine unspektakuläre Zusammenkunft einer kleinen linkliberalen und sozialistischen Minderheit in Deutschland. Und dennoch faszinierend, weil singulär.

Nach 1945 erinnern nur wenige Zeitzeugen in ihren Publikationen an den Kongress. Am ergiebigsten sind die Aufzeichnungen von Kurt R. Grossmann, dem damaligen Sekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte, in seiner Ossietzky-Biographie, erschienen 1963.<sup>8</sup> Ohne ihn wüssten wir kaum etwa über das Zustandekommen der Kundgebung. Einige anschauliche Details zum Ablauf erfahren wir aus den Tagebüchern von Harry Graf Kessler, die 1961 erstmalig veröffentlicht wurden.<sup>9</sup> Des Weiteren kommt Babette Gross in ihrer Biographie von 1967 über Willi Münzenberg auf *Das Freie Wort* zu sprechen,<sup>10</sup> wie auch Alfred Kantorowicz in seinen 1959 veröffentlichten Erinnerungen.<sup>11</sup> Andere verstreute Hinweise ließen sich zusammentragen.

Am meisten zur Kenntnis des Kongresses aber tragen die von der politischen Polizei in Berlin gesammelten Unterlagen bei, die im Bundesarchiv liegen.<sup>12</sup>

*Neuentdeckung des Kongresses in der Gegenwart.* – Ich selbst stieß 2009 bei meinen Recherchen zu Dora Lux auf den Kongress *Das Freie Wort*,<sup>13</sup> von dem ich noch nie etwas gehört hatte. Offenbar ging es anderen ebenso, denn wen immer ich ansprach, darunter angesehene Historiker, niemand kannte die Kundgebung. Dabei liegt seit 1983 eine Studie von Klaus Briegleb und Walter Uka vor, *Zwanzig Jahre nach unserer Abreise...*, die mir und offenkundig auch anderen entgangen war, möglicherweise weil nichts in der Überschrift auf den Kongress hindeutet.<sup>14</sup> Dort sind die wichtigsten Dokumente bereits abgedruckt und klug interpretiert. Die Studie bestärkte und vertiefte mein Verständnis des überparteilichen Aufbegehrens. Kurz beleuchtet wurde der Kongress zudem 1990 von Richard Albrecht, weil der Soziologe Ferdinand Tönnies dort zum letzten Mal öffentlich auftrat.<sup>15</sup>

Im Jahr 2013 erhielt die Versammlung in der Krolloper vom 19. Februar 1933 eine neuerliche Aufmerksamkeit: Genau achtzig Jahre später, am 19. Februar 2013, fand im Willy-Brandt-Haus in Berlin eine Veranstaltung mit dem Titel »Das Freie Wort« in Erinnerung an den gleichnamigen Kongress statt.<sup>16</sup> So begrüßenswert ich die Themensetzung fand, so wenig einverstanden war ich mit der Tendenz, die Rolle der SPD bei der Kundgebung am 19. Februar 1933 zu überschätzen.

Schon auf der Einladungskarte stolperte ich über die Behauptung: Die Veranstalter »nannten die Kundgebung *Das Freie Wort* angelehnt an die gleichnamige SPD-Wochenzeitung des Publizisten und SPD-Politikers Ernst Heilmann.«<sup>17</sup> Im einführenden Vortrag von Professor Bernd Söseemann wurden dann neben prominenten Künstlern und Intellektuellen vor allem die mitwirkenden SPD-Politiker gewürdigt, während die eigentlichen Initiatoren nicht genannt oder nur gestreift wurden.

Diese aber hatten *Das Freie Wort* gerade als »neutralen Namen« gewählt.<sup>18</sup> Mit Sicherheit kannten sie außer der gleichnamigen SPD-Zeitschrift die ältere Tradition dieses Titels: das Gedicht *Das freie Wort* von Georg Herwarth aus dem Vormärz von 1841, die Halbmonatsschrift *Das Freie Wort*, gegründet 1901 von Arthur Pfungst,<sup>19</sup> mit dessen Würdigung Dora Lux ihren Bericht einleitet, sowie andere Rückbezüge, darunter kurzzeitig eine jiddisch-anarchistische Zeitschrift. Die Initiatoren wählten mithin einen Titel, mit dem möglichst viele Gegner der Nationalsozialisten innerhalb und außerhalb von Parteien sich identifizieren konnten.

Eine gezielte Anlehnung an die Zeitschrift von Ernst Heilmann wäre nur erwägenswert, wenn er den Kongress mitinitiiert hätte. Darauf aber deutet nichts hin. Und auch unter den 150 namentlich bekannten Männern und Frauen, die sich am Kongress beteiligten und / oder ihn öffentlich unterstützen, taucht sein Name nicht auf. Offensichtlich hatte Ernst Heilmann im Gegensatz zu zahlreichen anderen SPD-Politikern mit der parteiübergreifenden Kundgebung nichts zu tun.

Die Idee zur Durchführung des Kongresses stammt nachweislich von Willi Münzenberg, Kommunist, Individualist und Zeitungsverleger. Das war auch der politischen Polizei nicht entgangen. Aus ihrer Sicht, der blinden Kommunisten-Fixierung, fand der Kongress aber nicht nur »auf Veranlassung« Münzenbergs statt, sondern wurde auch von ihm »einberufen, vorbereitet und organisiert«. <sup>20</sup>

Dass die Kundgebung tatsächlich zustande kam, ist vor allem der Deutschen Liga für Menschenrechte, insbesondere ihrem Sekretär Kurt Grossmann <sup>21</sup>, und ihrem Vorstandsmitglied Rudolf Olden, Journalist und Rechtsanwalt, zu verdanken. »Natürlich weiß hier kein Mensch mehr, wer Rudolf Olden war,« – so schrieb Alfred Kantorowicz 1959 – »welche Bedeutung als Publizist, als Historiker und als Strafverteidiger – zum Beispiel im Ossietzky-Prozess – er in der Weimarer Republik gehabt hat: einer der streitbaren, aufrechten bürgerlichen Liberalen.« <sup>22</sup> Inzwischen wird Rudolf Olden langsam wiederentdeckt. <sup>23</sup>

Keine Partei hätte am Ende der Weimarer Republik aktive Politiker oder Honoratioren anderer Parteien im linken Spektrum zu einem gemeinsamen Auftreten gegen die nationalsozialistische Politik bewegen können. Angesichts der Grabenkämpfe zwischen SPD und KPD war eine parteiübergreifende Zusammenarbeit auf Vereinigungen und Einzelpersonen, die nicht in eine Parteilogik eingebunden waren, angewiesen. Die prinzipiell gleiche Strategie empfahl sich auch in unserem Zeithorizont, in weit weniger zugespitzten Konstellationen. Die Schwierigkeit, mehrere Parteien oder zumindest Vertreter verschiedener Parteien zu einem gemeinsamen Auftreten oder Handeln zu gewinnen, kennen alle, die in den neuen sozialen Bewegungen tätig waren oder sind – und ebenso die Gefahr, von einer Partei vereinnahmt zu werden.

Der Kongress *Das Freie Wort* kann geradezu als historisches Beispiel dafür gelten, dass bisweilen nur unabhängige Personen und Vereinigungen eine verfahrenere Situation zumindest punktuell auflösen können. Anfang 1933 war die Folie hierfür die »Einheitsfront« – als ein Aktionsbündnis gegen die Nationalsozialisten, das nicht zustande kam, obwohl immer mehr Menschen innerhalb und außerhalb von SPD und KPD sowie im liberalen Bürgertum hierin die letzte Hoffnung sahen, die NS-Herrschaft zu verhindern. Von zahlreichen am Kongress beteiligten Personen ist die Unterzeichnung eines Appells für den »Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront« und »ein Zusammengehen der SPD und KPD« bei den Wahlen Juni 1932 und erneut bei den Wahlen im März 1933 »am besten in Form gemeinsamer Kandidaten, mindestens jedoch in Form von Listenverbindungen« bekannt. <sup>24</sup> Diesen Appell hatten 1932 und/oder 1933 folgende Mitwirkende am Kongress unterzeichnet: Albert Einstein, Kurt Grossmann, Käthe Kollwitz, Robert Kuczynski, Otto Lehmann-Rußbüldt, Heinrich Mann, Paul Oestreich, Carl von Ossietzky, Freiherr von Schönaich, Helene Stöcker, Arnold Zweig. Bei anderen Mitwirkenden, auch bei SPD-Politikern der unteren und mittleren Parteihierarchie, ist eine Zustimmung aus ihrer politischen Biographie ersichtlich.

*Zur Vorgeschichte des Kongresses.* – Nach Kurt Grossmann hatte Georg Bernhard<sup>25</sup> »im August 1932 einen Kreis von ›linken Leuten‹ in seine Wohnung in der Bismarckstraße in Charlottenburg eingeladen. Heinrich Mann, Harry Graf Kessler, Carl Misch, Rudolf Olden, Lehmann-Rußbüldt und viele andere, darunter auch ich, waren gekommen. Der Gewaltstreik Papen-Schleicher gegen die Preußenregierung Braun-Severing vom 20. Juli lag uns noch in allen Gliedern. Wir ahnten, es würde eines Tages unmöglich werden, unter den bisherigen, bekannten Organisationsnamen zu operieren. Sobald diese Lage einträte, das war das Fazit des Abends, solle ein Aktionsausschuss unter dem neutralen Namen ›Das Freie Wort‹ die letzte Bastion verteidigen. Man bat mich das Sekretariat dieser politischen Nothilfe zu übernehmen.«<sup>26</sup> Zusätzlich berichtet Babette Gross, dass Heinrich Mann und Rudolf Olden den Vorsitz übernahmen.<sup>27</sup>

Dieser Aktionsausschuss ruhte seither, war möglicherweise vergessen, bis am 4. Februar 1933, dem Tag, an dem eine neuerliche Notverordnung die Presse- und Versammlungsfreiheit substantiell beschnitt, Willi Münzenberg gegen elf Uhr bei Kurt Grossmann im Ligabüro anrief und sich mit ihm unter einem Vorwand für den gleichen Nachmittag verabredete. Sie trafen sich in einem Café am Kurfürstendamm. »Er fragte mich ein wenig provozierend, ob ich mich mit der Schlappe vom Vortagel<sup>28</sup> abfinden würde. [...] ›Sie sind doch der Exekutivsekretär im Aktionsauschuss ‚Das Freie Wort‘. Hier ist Gelegenheit, ihn zu gebrauchen.‹ Mir wurde nun klar, wer hinter der Komitee-Idee bei Georg Bernhard gesteckt hatte.«

Grossmann berichtet weiter: »Ich war damals durchaus für eine Einheitsfront der ganzen Linken als letzte Chance, Deutschlands Sturz in den Abgrund aufzuhalten.« Und so erörterte er noch im Café »mit dem ›roten Hugenberg‹ die Möglichkeit und Form eines Kongresses ›Das Freie Wort‹, wobei er zur Bedingung machte, »dass die Kommunisten ihn nicht beherrschten, ja nicht einmal in ihm besonders hervortreten dürften«. Nur für die Generalausprache, die nach den Themenreferaten geplant war, wurde ein Redebeitrag des KPD-Abgeordnete Schneller<sup>29</sup> vorgesehen.<sup>30</sup>

Wenn es Alfred Kantorowicz verwehrt wurde, das Wort zu ergreifen, so richtete sich diese Ausladung nicht gegen ihn als KPD-Mitglied, sondern gegen seinen als Provokation geplanten Beitrag. Er, gegen den bereits ein Haftbefehl vorlag, wollte in seiner »törichten Aufgeregtheit«, wie er mit rückblickender Distanz schreibt, einen »letzten und äußersten Appell zum Widerstand« vortragen.<sup>31</sup> Sein Auftritt hätte die Kundgebung mit Sicherheit gesprengt, bzw. wäre ein Verbotgrund gewesen. Fragen muss man dennoch, ob der Kongress nicht zu vorsichtig und zu akademisch angelegt war.

Münzenberg jedenfalls hielt sich an die Absprache. Grossmann selbst sah ihn nur noch »ein- bis zweimal«. Da der Kongress u.a. durch Teilnehmerkarten finanziert werden sollte, nahm Münzenberg »uns 100 Karten zu je zehn Mark ab,

so dass von den geplanten neunhundert Teilnehmern einhundert Kommunisten sein würden«. Dass er Unterstützung insbesondere im Umfeld der von ihm gegründeten Internationalen Arbeiterhilfe (IHA), deren Generalsekretär er immer noch war, sowie bei anderen kommunistischen Vereinigungen aktivierte, legt die Liste der beteiligten Organisationen nahe, die neben der IHA auch den »Bund der Freunde der Sowjetunion« und andere prokommunistische Vereinigungen enthielt. Die KPD als Partei aber erscheint nirgends. Vertreten war sie nur durch Dr. Hermann Duncker, Mitbegründer der Partei und Leiter der Berliner Marxistischen Arbeiterschule, und zwar im Präsidium, das mit seinen 36 Mitgliedern nur eine repräsentative Funktion gehabt zu haben scheint. Außerdem waren dem Initiativkomitee einige Personen beigetreten, von denen bekannt ist, dass sie die KPD wählten, wie Robert Kuczynski, aber meines Erachtens kein einziges KPD-Mitglied. Dennoch heißt es im Polizeibericht vom 18. Februar 1933 in der bekannten Kommunistenparanoia: »Das Komitee setzt sich vorwiegend aus Mitgl. der K.P.D., dem auch einige S.P.D. Mitgl., die sich für die Einheitsbestrebungen auf kommunistischer Grundlage einsetzen, [sic!] zusammen.«<sup>32</sup>

Während Münzenbergs Aktivierung von Unterstützern und Teilnehmern nur vermutet werden kann, ist nachlesbar, dass der Kongress in keiner anderen Zeitung so viel Aufmerksamkeit erhielt wie in der *Welt am Abend*, die zu seinem Medienkonzern gehörte.<sup>33</sup> Wiederholt wurde die Kundgebung dort als personengebundenes, nicht richtungsgebundenes Vorhaben vorgestellt. So noch einmal am Vorabend der Veranstaltung, am 18. Februar 1933: »Der Kongress wurde bekanntlich auf die Anregung eines Initiativkomitees einberufen, dem sich zahlreiche Persönlichkeiten von großem Ruf weit über Deutschlands Grenzen hinaus angeschlossen haben.« Es folgen mehrere Namen mit dem Kommentar: »Männer aus allen Lagern des geistigen Lebens, Männer verschiedener politischer Überzeugung, meist Vertreter des liberalen und demokratischen Bürgertums.« Angemerkt sei hier, dass auch dreizehn Frauen dem Initiativkomitee angehörten.

Gleichzeitig hatte Münzenberg in der gleichen Zeitung eine Kontroverse zur Sinnhaftigkeit des Kongresses entfacht. Die abgedruckten Leserzuschriften äußerten sich mehrheitlich kritisch bis ablehnend, dennoch lautet die Schlusspassage des nicht signierten Beitrags am Vorabend des Kongresses: »Wir möchten im Hinblick auf die gegenwärtige Lage trotz allen Einwänden und Bedenken den Entschluss des Initiativkomitees, diesen Kongress abzuhalten, begrüßen; wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Fragen, die der Kongress erörtern will, eine Antwort finden, und dass auch auf dem Kongress zum Ausdruck kommt, wie notwendig es ist, alle freiheitlich gesinnten Kräfte zusammenzufassen.«

Gegen ähnliche Initiativen Münzenbergs ist vorgebracht worden, er habe Humanisten und Pazifisten, die der KPD nicht angehörten, insbesondere Intellektuelle und Künstler, als »fellow travellers« für die Interessen seiner Partei benutzt.<sup>34</sup> Wie immer sein Agieren bei früheren Anlässen einzuschätzen ist, beim

Kongress »Das Freie Wort« kann ich keine Instrumentalisierung erkennen. Der Kongress setzte sich für den Erhalt der »uralten demokratischen Grundrechte«<sup>35</sup> ein und damit gerade nicht für eine originär kommunistische Programmatik. Die Zusammenarbeit mit Liberalen und Sozialdemokraten gegen die Faschisten war für Münzenberg weit mehr als ein strategisches Kalkül.

*Vorbereitung des Kongresses.* – Die Kundgebung bei einer Vorbereitungszeit von nur zwei Wochen auf die Beine gestellt zu haben, ist ein Meisterwerk der Improvisation. Als *Die Welt am Morgen* bereits am 6. Februar den Kongress ankündigte – die Idee dazu war bekanntlich erst vom 4. Februar entwickelt worden –, hatten die Veranstalter weder einen Saal noch Redner, noch Geld.<sup>36</sup> Wie schwierig die Organisation war, lässt sich daraus ersehen, dass Ort und Zeit sich mehrmals änderten. Am 6. Februar<sup>37</sup> gingen Schreiben an potentielle Einzelunterstützer heraus, in denen noch ohne Ortsangabe der Kongress zweitägig, für den 18. und 19. Februar, angekündigt wird (ebenso in der *Welt am Abend* vom 8. Februar). In einer »Einladung an alle freiheitlichen Organisationen«, vom 6. Februar, wird als wahrscheinlicher Ort die *Philharmonie* genannt. Im Polizeibericht vom 13. Februar<sup>38</sup> taucht die *Skala* als Veranstaltungsort auf. Die *Krolloper* zu reservieren scheint erst knapp eine Woche vor der Veranstaltung gelungen zu sein.<sup>39</sup>

Bei der frühen zweitägigen Konzeption war Thomas Mann für die Eröffnungsansprache am 18. Februar vorgesehen.<sup>40</sup> Offensichtlich wussten die Veranstalter zu diesem Zeitpunkt noch nicht, dass er bereits vor längerem von dem früheren preußischen Kultusminister Adolf Grimme gebeten worden war, am 19. Februar auf einer Veranstaltung des *Sozialistischen Kulturbundes*, dem Dachverband aller kulturell tätigen Vereinigungen der Arbeiterbewegung, in der Volksbühne zu sprechen. Thomas Mann kam dann weder zur einen noch zur anderen Veranstaltung, unterstützte aber beide: *Das Freie Wort* durch seine Unterschrift unter das Initiativkomitee, die Kundgebung des *Sozialistischen Kulturbundes* durch eine Rede in Form eines Briefes.

Gravierender als diese lösbaren Schwierigkeiten war die Überhastung bei der Aufrufsunterzeichnung durch Albert Einstein, Heinrich Mann und Rudolf Olden. Albert Einstein, der bekanntlich bereits in den USA war, gab offenbar – wie in vielen anderen Fällen – bereitwillig seinen Namen her. Heinrich Mann aber war irritiert, weil er nicht gefragt worden war, und verlangte brieflich von Grossmann, »seinen Namen als Einberufer zu streichen«, was dieser aber unterließ.<sup>41</sup> Ebenso wenig wie Heinrich Mann wird Albert Einstein vor seiner Unterzeichnung den Wortlaut des Aufrufs gekannt haben, schon gar nicht hat er ihn selbst formuliert – wie fälschlicherweise u.a. bei Wikipedia zu lesen ist. Als einziger von den drei Unterzeichnern kommt Rudolf Olden dafür in Frage. Wer außerdem daran mitgewirkt hat, ist offen.



Auf der Grundlage des Aufrufs wurden Prominente dafür gewonnen, dem Initiativkomitee beizutreten, sowie Organisationen, sich am Kongress zu beteiligen und Delegierte zu benennen. Dabei fungierte Rudolf Olden immer als Absender und »Zustelladresse«. Er war es auch, der die Kundgebung bei der Polizei anmeldete und die Außenvertretung übernahm, während die organisatorischen Fäden bei Kurt Grossmann im Sekretariat der Liga für Menschenrechte zusammenliefen.

*Die Mitwirkenden.* – Mein Bestreben war es, möglichst viele der Beteiligten mitzuteilen – war das gemeinsame Auftreten »über alle Parteigrenzen hinweg« (*Vossische Zeitung*) doch der »heimliche Lehrplan« des Kongresses. Und ich beginne damit, indem ich dem Leser eine Aufstellung der über vierzig Erstunterzeichner zumute. Die Anzahl der Unterstützer war ab dem 4. Februar schnell angewachsen. Bereits am 8. Februar konnte *Die Welt am Abend* die Namen von vierundvierzig Personen veröffentlichen, die dem Initiativkomitee beigetreten waren.<sup>42</sup> Den Namen füge ich – sofern ihre Personenkenntnis nicht allseits vorausgesetzt werden kann – eine Kurzinformation zur Tätigkeit bei:

*Bruno Asch* (Stadtkämmerer in Berlin); *Prof. Hans Baluschek* (Maler und Schriftsteller); *Adolf Behne* (Architekt und Universitätsdozent); *Martin Beradt* (Jurist und Schriftsteller); *Gottfried Bermann-Fischer* (Verleger); *Prof. Georg Bernhard* (s.o.); *Prof. Dr. Karl Brandt* (Agrarwissenschaftler); *Max Brauer* (Oberbürgermeister von Altona); *Dr. Alfred Döblin*; *Prof. Dr. Hans von Eckardt* (Staats- und Medienwissenschaftler); *Gertrud Eysoldt* (Schauspielerin und Theaterdirektorin); *Lion Feuchtwanger*; *Samuel Fischer*; *Werner Hegemann* (Stadtplaner und Publizist); *Dr. Wolfgang Heine* (Rechtsanwalt, 1918–1920 preußischer Justiz- und Innenminister); *Richard Huelsenbeck* (Schriftsteller); *Herbert Ihering* (Theaterkritiker); *Prof. Dr. Ignaz Jastrow* (Historiker und Sozialpolitiker); *Prof. Dr. Hermann Kantorowicz* (Rechtswissenschaftler); *Dr. Fritz Karsen* (Schulreformer und Schulleiter in Berlin-Neukölln); *Bernhard Kellermann* (Schriftsteller); *Prof. Dr. Fritz Kern* (Historiker); *Alfred Kerr* (Schriftsteller und Theaterkritiker); *Hermann Kaeser-Kesser* (Schriftsteller und Journalist); *Gustav Kiepenheuer*; *Wilhelm Kroner* (Oberverwaltungsgerichtsrat und Vorsitzender des Republikanischen Richterbundes); *Prof. Dr. Robert Kuczynski* (Ökonom); *Otto Lehmann-Rußbüldt* (führender Vertreter der Friedensbewegung); *Thomas Mann*; *Karl-Heinz Martin* (Theater- und Filmregisseur); *Prof. Dr. Erik Noelting* (Ökonom); *Prof. Paul Oestreich* (Vorsitzender des Bundes Entschiedener Schulreformer); *Alfons Paquet* (Journalist und Schriftsteller); *Prof. Dr. Gustav Radbruch* (Rechtswissenschaftler, 1921–1923 Reichsjustizminister); *Ernst Reuter* (Oberbürgermeister von Magdeburg, 1932/33 Mitglied des Reichstags); *Ernst Rowohlt*; *Heinrich Heinz Simon* (Frankfurter Zeitung); *Prof. Dr. Hugo Sinzheimer* (Arbeitsrechter und Rechtssoziologe); *Prof. Dr. Julius Saxe* (Biologe); *Dr. Helene Stöcker* (Frauenrechtlerin); *Dr. Martin Wagner* (Stadtplaner und Stadtbaurat von Berlin); *Justizrat Dr. Johannes Werthauer* (Rechtsanwalt); *Emil Wutzky* (Gewerkschaftler und Stadtrat von Berlin); *Arnold Zweig*.



Zunächst springt die Vielzahl der Personen, die heute noch einen hohen Bekanntheitsgrad und hohes Ansehen haben, ins Auge, wie Alfred Döblin, Samuel Fischer, Werner Hegemann, Fritz Karsen, Alfred Kerr, Gustav Kiepenheuer, Thomas Mann, Gustav Radbruch, Ernst Reuter, Ernst Rowohlt, Helene Stöcker, Arnold Zweig.

Bei näherem Hinsehen zeigt sich dann, dass von den vierundvierzig Erstunterzeichnern zweiundzwanzig, also genau die Hälfte, Kulturschaffende oder Kulturvermittler waren: Schriftsteller, Journalisten, Verleger, Theaterleute, Architekten, Stadtplaner. Es war dies ein relevanter Teil der geistige Elite der Weimarer Republik.

Bis zum Kongressbeginn kamen zu dieser Gruppe weitere prominente Personen hinzu: u.a. Professor Martin Buber, Axel Eggebrecht, Professor Walter Gropius, Walter Hasenclever, Professor Dr. Theodor Lessing, Professor Dr. Max Mosse, Carl von Ossietzky.

Gewiss muss es auch Absagen gegeben haben, aber keine ist meines Wissens überliefert, außer einem Brief von C. Z. Klötzel, den er in der *Jüdischen Rundschau* veröffentlichte.<sup>43</sup> C. Z. Klötzel war Journalist, Kinderbuchautor und Reiseschriftsteller. Von Olden war er brieflich angefragt worden, »an diesem Kongress teilzunehmen und auf ihm zu sprechen«. Die Gründe für seine Absage, in der er zunächst betont, wie sehr er mit den Zielen des Kongresses übereinstimmt, konzentriert er in dem Satz: »Ich lehne ab, weil ich Jude bin.« Und fährt fort: »Das mag Ihnen absurd erscheinen angesichts der Tatsache, dass die Liste derer, die sich bisher zur Verfügung des geplanten Kongresses gestellt haben, eine Mehrzahl von jüdischen Namen enthält«. In einer ausführlichen Begründung, die für mich zunächst schwer verständlich war, stellt er einen Bezug her zwischen dem Kongress und der gegenwärtigen feindseligen Debatte zur Rolle der deutschen Juden in der Politik und im Kulturleben. »Die im Besitz der Macht befindlichen Kräfte [...] betrachten die Demokratie in erster Linie als eine ›jüdische Erfindung‹ zum Zweck der ›Verjudung‹ des deutschen Volkes. Auch die Losung des ›freien Wortes‹ sehen sie nur als einen Deckmantel für angeblich jüdische Machtpläne an.« Deshalb ist er der Überzeugung, »dass sich die deutschen Juden an dieser Debatte nicht beteiligen sollten, weil es unter ihrer Würde und völlig nutzlos wäre«.

Ich komme zurück zu den Erstunterzeichnern: Bemerkenswert ist neben der Dominanz von kulturell tätigen Persönlichkeiten die hohe Repräsentanz von Juristen. Unter den Erstunterzeichnern sind neun Rechtswissenschaftler und Rechtsanwälte, während andere akademische Berufsgruppen nur einmal, bestenfalls zweimal vertreten sind – durch die beiden Historiker Ignaz Jastrow und Fritz Kern; durch die beiden Pädagogen Fritz Karsen und Paul Oestreich, und durch die beiden Ökonomen Robert Kuczynski und Erik Noelting. Vollständig fehlen die traditionsreichen Universitätsdisziplinen Theologie, Philosophie,

Mathematik, Altphilologie und andere Sprachwissenschaften. Aber auch die Naturwissenschaftler machten sich mit lediglich einem Biologen (Julius Schaxel) und einem Agrarwissenschaftler (Karl Brandt) rar.

Von den aufgeführten Hochschuldozenten waren fast alle nicht nur innerhalb der Universitäten bzw. Kunsthochschulen tätig, sondern ebenso im gesellschaftspolitischen Raum außerhalb. Das gilt nicht nur für die Juristen Hermann Kantorowicz, Gustav Radbruch und Hugo Sinzheimer sowie für die beiden Ökonomen, sondern auch für den Maler Hans Baluschek, den Architekten Adolf Behne, den Staats- und Medienwissenschaftler Hans von Eckardt, und nicht zuletzt für die beiden Historiker. Diese Dozenten verließen nicht erst Anfang 1933 den Elfenbeinturm, die Verbindung von Theorie und Praxis gehörte vielmehr zu ihrer professionellen Identität.

Darüber hinaus fällt auf, dass aktive Politiker mit hochrangigen Parteifunktionen bei den Erstunterzeichnern fehlen. Die einzige Ausnahme ist Ernst Reuter, der 1932/33 nicht nur Oberbürgermeister, sondern auch Mitglied des Reichstags war. Die aktive politische Zeit von Wolfgang Heine und Gustav Radbruch lag dagegen am Anfang der Weimarer Republik. Auf der Liste finden sich aber angesehene Kommunalpolitiker- und Verwaltungsfachleute überwiegend aus Berlin: Bruno Asch, Max Brauer, Martin Wagner und Emil Wutzki. Später kamen dann zu dieser Gruppe hinzu: Stadtrat H. Beck und Bürgermeister Dr. Carl Herz.<sup>44</sup>

Alle hier Genannten gehörten der SPD an. Unter den Erstunterzeichnern ist kein Politiker und keine Politikerin der liberalen Parteien, obwohl von einigen bekannt ist, dass sie früher der DDP angehörten und dort auch Funktionen hatten. Zu berücksichtigen ist bei diesem Befund der Niedergang des politischen Liberalismus bis hin zur parlamentarischen Bedeutungslosigkeit ihres ehemals linksliberalen Flügels.

Bis zum Kongress am 19. Februar konnten dann weitere Politiker und Politikerinnen gewonnen werden, wozu die Liste der Erstunterzeichner mit ihren glanzvollen Namen wesentlich beigetragen haben mag. Folgende SPD-Reichstagsabgeordneten kamen hinzu: Toni Pfülf, Adele Schreiber-Krieger, Toni Sender, Friedrich Stampfer sowie Kurt Heinig und Hugo Saupe.

Zur angestrebten Überparteilichkeit trugen aber auch einige Frauen und Männer bei, deren politische Verankerung im liberalen Parteispektrum allseits bekannt war: Siegfried von Kardorff, Reichstagsabgeordneter der DVP bis 1932; Katharina von Kardorff, Reichstagsabgeordnete der DVP bis 1924; Dr. Elisabeth Lüders, Reichstagsabgeordnete der DVP bis 1930 sowie der Zentrumspolitiker Carl Spiecker.

Dennoch scheinen in die Regie des Kongresses kaum Personen außerhalb des ursprünglichen Initiativkreises im Umfeld der Liga für Menschenrechte einbezogen gewesen zu sein. Grossmann erwähnt einen »engeren Kongreßausschuß«,

der sich am Vorabend traf, bei dem außer dem neu hinzugekommenen Carl Spiecker als Anwesende genannt werden: »Harry Graf Kessler, Georg Bernhard, Rudolf Olden, Polizeipräsident a. D. Hans Lange [der die Versammlung am nächsten Tag leitet] und einige andere.«<sup>45</sup> Und bei einer Nachbesprechung am 20. Februar 1933 im Büro Falkenbergs ist kein aktiver Politiker dabei. Es trafen sich: »Ossietsky, Hellmut von Gerlach, Professor Friedrich Hertz [?], Otto Lehmann-Rußbüldt, Ministerialrat Albert Falkenberg, Vorsitzender des Allgemeinen freigewerkschaftlichen Beamtenbundes, Fritz Küster von der Friedensgesellschaft, Polizeioberst a.D. Lange« und Kurt Grossmann.<sup>46</sup>

Dennoch ist die Einbindung mehrerer Parteien, und sei es nominell, eindeutig aus dem Dokument »Beteiligte Organisationen«, das ebenfalls beim Kongress auslag, zu ersehen. Insgesamt stehen über 60 kulturelle und gesellschaftspolitische Vereinigungen auf der Liste. Eingetragen haben sich auch: die »Sozialdemokratische Partei Deutschlands«, die »Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands«, die »Deutsche Staatspartei (Reichsgeschäftsstelle)« und die »Radikaldemokratische Partei«.

Mindestens so bedeutsam aber war, dass die Veranstalter verschiedene berufsständische Vereinigungen, die für eine demokratische Entwicklung der Gesellschaft eintraten und sich gegen Antisemitismus und Nationalismus engagierten, für den Kongress gewinnen konnten. Mehrere waren durch ihre Vorsitzenden im Initiativkomitee vertreten, so der *Republikanische Richterbund* durch Wilhelm Kroner, der *Bund der Entschiedenen Schulreformer* durch Paul Oestreich, der *Allgemeine freigewerkschaftliche Beamtenbund* durch Albert Falkenberg und die Friedensbewegung durch ihre Wortführer Ludwig Quidde, Helmut von Gerlach, Otto Lehmann-Rußbüldt und Helene Stöcker.

Nachdem bereits zahlreiche Personen namentlich genannt wurden, sei die Gesamtzahl der Mitwirkenden, deren Namen überliefert ist, mitgeteilt. Bei meiner Zählung komme ich auf 152 Männer und Frauen. Das Dokument *Kongress 1933: Das Freie Wort. Das Initiativkomitee* enthält die Namen von 132 Personen (124 Männer und 13 Frauen). Das Dokument *Präsidium des Kongresses »Das Freie Wort«* enthält 36 Namen, von denen die meisten allerdings bereits im Initiativkomitee erscheinen; neu aufgeführt sind hier lediglich: Dr. Hermann Duncker, Reichsgerichtsrat Hermann Großmann, Dr. Kurt Kersten [Leiter des Feuilletons der *Welt am Abend*], Harry Graf Kessler und Prof. Käthe Kollwitz.<sup>47</sup> Hinzu kommen einige Namen, die nur im Polizeibericht als Teilnehmer erwähnt werden: »Scheidemann, Redakteur Kiesling, das gesamte I.A.H.-Büro [Internationale Arbeiterhilfe], Rechtsanwalt Lichtenstein aus Hindenburg [..], Ministerialrätin Klausner, Stefan Großmann [Schriftsteller und Journalist], Dr. [Ludwig] Quidde von der Liga für Menschenrechte und andere«. Weitere Namen tauchen im Kongressprogramm auf oder in Publikationen von Zeitzeugen auf, so Dr. Robert Kempner bei Kurt Grossmann.<sup>48</sup>

Während von mir vor allem Informationen zur beruflichen und parteipolitischen Zugehörigkeit der Mitwirkenden zusammengetragen wurden, konzentriert sich Briegleb darauf, in die »Gruppenbeziehungen« der beteiligten Personen, »etwas Licht zu bringen«. Sein Ergebnis: »Die Mehrzahl der Namen verweist auf den Umkreis der Deutschen Liga für Menschenrechte [...] sie waren Pazifisten aller Couleur [...] im Zugehörigkeitsjargon: zwischen »linksbürgerlich – überparteilich – freisinnig.« Gegen die Behauptung, die Deutsche Liga für Menschenrechte sei kommunistisch »unterwandert« gewesen, argumentiert er kenntnisreich. Als zweite Gruppierung im »linken Pluralismus« des Initiativkomitees macht Briegleb die Sympathisanten (und auch Mitglieder) der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) aus, wobei er zahlreiche Doppelmitgliedschaften hervorhebt, so von Albert Einstein und Heinrich Mann. Eine dritte Gruppierung ordnet er der »Demokratischen Mitte« zu; eine vierte der SPD mit dem Zusatz: »Die deutliche Vertretung der SPD [...] mit ihren Kommunalpolitikern und Abgeordneten ist ein »inoffiziell« starkes Volksfrontsignal.«<sup>49</sup>

Zusammenfassend möchte ich festhalten: Die Männer und Frauen, die den Kongress *Das Freie Wort* öffentlich unterstützen, hatten über Jahre, zum Teil über Jahrzehnte für eine humane und soziale Gesellschaft durch Wort und Tat gestritten. Sie waren keineswegs verschlafene Bürger, die Anfang 1933 in letzter Minute aufwachten.

Sie waren in der Liga für Menschenrechte aktiv gewesen, in der Deutschen Friedensgesellschaft, im Bund entschiedener Schulreformer, in der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, in Freidenker-Vereinigungen, im Schutzbund deutscher Schriftsteller, in der Internationalen Arbeiterhilfe und in vielen anderen Vereinigungen, oft gleichzeitig mit ihrer Arbeit in einer Partei der demokratischen Mitte bis hin zur KPD. Von daher verbietet sich ihre Bezeichnung als »bürgerliche Honoratioren«, so fern sie herablassend gemeint ist. Sie waren gut vernetzt auch in die Parteien hinein, sonst hätte der Kongress nicht in nur vierzehn Tagen geplant und ausgerichtet werden können.

Aber warum brauchte die linksliberale, radikal-demokratische Minderheit im damaligen Deutschland Ideengeber wie Willi Münzenberg, um gemeinsam mit Sozialdemokraten und Kommunisten in der Öffentlichkeit gegen die Zerstörung der Presse-, Versammlungs- und Redefreiheit aufzutreten? Warum hatten sie nicht längst einfallreich und beharrlich gemeinsam eine Gegenöffentlichkeit organisiert? Der Kongress wirft die Frage erneut auf, gerade weil er einen Schritt in diese Richtung tat.

*Das Kongressprogramm.* – Anhand der vorliegenden Quellen folgt ein Überblick über den geplanten – nachfolgend kursiv gesetzt – und realen Ablauf des Kongresses.<sup>50</sup> Auf die Inhalte der Reden gehe ich anschließend ein.

*Einlass ab 10 Uhr:* Einlasskontrollen fanden nicht statt, »vielmehr hatte jeder-

mann Zutritt zum Saale« – wie im Bericht des anwesenden Kriminalkommissars steht –, obwohl die Versammlung, um leichter genehmigt zu werden, als nicht öffentliche angemeldet worden war: »Zu dem Kongress haben nur Vertreter von geladenen Organisationen und geladene Einzelpersonlichkeiten Zutritt.« (aus der Anmeldung R. Oldens vom 13. Februar 1933)

Begrüßung durch Polizeioberst a. D. Hans Lange an Stelle der im Programm vorgesehenen *Eröffnungsansprache* »der nicht erschienenen Katharina v. Kardorff«. (*Frankfurter Zeitung* vom 20.02.1933) Lange war der Versammlungsleiter und gehörte zur engeren Vorbereitungsgruppe.<sup>51</sup>

*Abstimmung über das Manifest des Kongresses:* Dieser Tagesordnungspunkt stand im Programm weit hinten. Die vorbereitete Resolution war nach vorne gezogen worden, im Fall der Kongress ein vorzeitiges Ende finden würde. Sie lautet:

»Protest der 1500 Delegierten des Kongresses »Das Freie Wort:

Das Recht der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist in der Weimarer Verfassung festgestellt. Durch die Notverordnung vom 4. Februar 1933 und die Art ihrer Anwendung ist sein letzter Rest beseitigt. Schon ist die Freiheit in Wissenschaft und Kunst, die Unabhängigkeit der Akademien und Kunsthochschulen angetastet. Der Rundfunk ist zum Werkzeug einseitiger Parteipolitik geworden.

Ohne die Freiheit geistigen Kampfes erlischt die politische Kraft unseres Volkes innen und aussen.

Der Kongress fordert freies Wort im freien Land!

*Die Pressefreiheit – Referat gehalten von Prof. Dr. Everthl*

Verlesen von Grußtelegrammen durch Kurt Grossmann: »Aus allen Richtungen, von Deutschen des In- und Auslandes waren Begrüßungstelegramme gekommen.« (*Ethische Kultur*). Konkreter wird die *Welt am Abend*: »So hatte Albert Einstein eine Erklärung übermittelt [...], zahlreiche Logen solidarisierten sich [...] besondere Beachtung verdient eine längere Erklärung des Reichsgerichtsrats Großmann.« Unter den Grußadressen aus dem Ausland wurde »ein von 60 Politikern, Schriftstellern und Journalisten Argentinien unterzeichnetes Telegramm herzlichst begrüßt.« (*Die Welt am Montag*)

Information über die Unterbindung der Versammlung des Sozialistischen Kulturbundes: Außerhalb der Tagesordnung wird dem früheren preußischen Kultusminister Adolf Grimme das Wort erteilt. Er berichtet, wie verschiedentlich überliefert, dass die genannte Versammlung in der Volksbühne, »die zur gleichen Zeit stattfinden sollte, zwar nicht verboten, aber durch polizeiliche Sperrung der Zugangsstraßen zu gunsten eines nationalsozialistischen Promenadenkonzerts (!) unmöglich gemacht worden sei.« (*Ethische Kultur*)<sup>52</sup>

*Die Versammlungsfreiheit – Referat gehalten von Oberpräsident a.D. Dr. Carl Falck.*

Verlesung einer Rede von Thomas Mann durch Adolf Grimme außerhalb der Tagesordnung.

*Die Lehr- und Redefreiheit – Referat gehalten von Prof. Ferd. Tönnies.*

*Die Freiheit der Kunst – Referat gehalten von Dr. Wolfgang Heine.*

Auflösung des Kongresses durch die Polizei während der Rede Heines.

*Zur Generalaussprache haben sich gemeldet:* Ientfiell. Auf dem Programm standen u.a. der Historiker *Prof. Dr. Martin Hobohm*; ein früherer Herausgeber der *Ethischen Kultur*, *Liz. Dr. Hans Hartmann*, der Chefredakteur des *Vorwärts* und SPD-Reichstagsabgeordnete *Friedrich Stampfer* und immerhin vier Frauen: *Frieda Perlen* von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit; die SPD-Reichstagsabgeordnete *Toni Pfülf*, *Lis Rietz* [?] und die Oberschulrätin *Dr. Hildegard Wegscheider*.

*Schlussansprache: Redner Professor Georg Bernhard Ientfiell.*

*Die Reden.* – Da die *Ethische Kultur* am ausführlichsten und genauesten referiert, was auf dem Kongress gesprochen wurde, gehe ich von ihrem Bericht aus. Dessen Autorin, Dr. Dora Lux, war bis vor kurzem eine völlig unbekannte Frau. Dabei publizierte sie, obwohl sie als Jüdin seit April 1933 Berufsverbot hatte, in den Anfangsjahren der NS-Herrschaft an die 30 regimekritische Artikel in der genannten Zeitschrift.

Der Bericht von Dora Lux ist alles andere als euphorisch. Zwar benennt sie die Zielsetzung des Kongresses mit klaren Worten – es sollte »gegen die Fesselung der oppositionellen Presse und des Versammlungsrechts durch die augenblicklichen Machthaber Stellung genommen werden« – beschönigt aber nicht, dass die Reden zur Pressefreiheit von Prof. Erich Everth,<sup>53</sup> zur Versammlungsfreiheit von Dr. Carl Falck<sup>54</sup> sowie zur Lehr- und Redefreiheit von Prof. Ferdinand Tönnies<sup>55</sup> wenig zündend waren. Bezogen auf deren »Referate«, so die Ankündigung im Programm, schreibt sie: »Die Redner äußerten sich in durchweg sehr gemäßigter Form, mehr historisch und akademisch als demagogisch zu ihrem Thema«.

Von den drei genannten Reden erhielt der Beitrag von Everth in den Medien am meisten Aufmerksamkeit. Und das mit gutem Grund. Was heute möglicherweise allzu moderat erscheint, war damals brisant. Eric Koenen, der an einer Biographie über Everth arbeitet, sieht einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen seiner Rede und dem Verlust seiner Stelle an der Universität Leipzig einige Wochen später: »Anlass war seine Teilnahme am Berliner Kongress »Das freie Wort« und ein Vortrag, in dem er öffentlich für die Wahrung der Pressefreiheit eintrat.« In der Folge wurde er April 1933 beurlaubt und »mit Ermittlungen wegen »politischer Unzuverlässigkeit« überzogen«, später zwangsemeritiert.<sup>56</sup>

Das Manuskript der Rede ist nicht erhalten. Deshalb möchte ich sie anhand der Zusammenfassung von Dora Lux – ergänzt und bestätigt durch die Zeitungsberichte – so weit wie möglich rekonstruieren. Hilfreich dabei sind anschauliche

und prägnante Formulierungen der Autorin, von denen anzunehmen ist, dass sie der Wortwahl und dem Duktus von Everth nahe kommen. Dora Lux referiert:

»Pressefreiheit bedeutet nicht Verantwortungslosigkeit oder Straffreiheit: aber alle Ausnahmebestimmungen und Maßregelungen durch politische und polizeiliche Stellen müssen abgelehnt werden, denn sie bringen Rechtsunsicherheit durch vage Formulierungen und Auslegungen wie in der vormärzlichen Zeit. Sie bringen unbeschränkte Freiheit für die regierungsfreundliche, Knebelung für die gegnerische Presse. ›Das Staatsschiff fährt mit Schlagseite.‹ Die Leser werden geschädigt, ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens wird ihnen entzogen. Ebenso geht es den Wählern. So ist die Pressefreiheit eine eminent nationale Angelegenheit. Selbst Treitschke hat einmal gesagt: die Ungezogenheiten der freien Presse seien erträglicher als die Verbitterung derer, denen man den Mund verbietet. Auch Cromwell hatte zuerst vor den Papierkugeln der Presse keine Furcht. Er knebelte die Presse erst zuletzt, als er souverän wie ein Caesar auftrat und daher persönlich empfindlich wurde. Da schrieb der Venetianische Gesandte an seine Regierung: ›Er spricht und lügt allein.‹ Alle Versuche späterer Zeit, die Presse zu fesseln (Napoleon, Bismarck) sind entweder zurückgenommen worden oder haben ihr Ziel doch nicht erreicht: Nicht die Presse ruft die Ausbrüche der Volksleidenschaft hervor, im Gegenteil, Unausgesprochenes reagiert sich bei Presseverboten nicht ab. Darum ›caveant consules ...‹.<sup>57</sup>

Unter Hinzuziehung der vorliegenden Presseberichte lässt sich festhalten: Die Rede war in mindestens drei Teile untergliedert. Als einleitende Kernaussage ist mehrmals leicht modifiziert überliefert: »Er stellte fest, dass die Presse keine Ausnahmesituation verlange, aber auch nicht unter ein Ausnahmegesetz gestellt werden durfte.« (*Berliner Tageblatt*). In Verbindung damit sprach er von der Gefährdung der Rechtssicherheit durch den »dehnbaren Wortlaut der behördlichen Bestimmungen« (*Frankfurter Zeitung*). In diesem Teil der Rede muss Everth die politische Stoßrichtung der neuen Notverordnung eindeutig benannt und kritisiert haben. In der *Welt am Abend* steht: »Er versuchte ein umfassendes Bild der Bedeutung und der Entwicklung der Pressefreiheit zu geben und kam dann auf die Presseverbote dieser Zeit zu sprechen, die sich gegen oppositionelle Parteien richteten.« Die gleiche Zeitung bringt die Analogie zur »vormärzlichen Zeit« genauer als die *Ethische Kultur*: »Verschiedene Bestimmungen der letzten Pressenotverordnung seien fast wörtlich den vormärzlichen Presseordonnanzen entnommen.« Ein Fazit bringt allerdings nur wieder Dora Lux in der Schärfe, wie es vermutlich vom Redner formuliert wurde: »alle Ausnahmebestimmungen und Maßregelungen durch politische und polizeiliche Stellen müssen abgelehnt werden, denn sie bringen unbeschränkte Freiheit für die regierungsfreundliche, Knebelung der gegnerischen Presse.«

Im zweiten Teil wurde die Wichtigkeit einer oppositionellen Presse für die Leser und die Wähler thematisiert. Hierzu recht ausführlich *Die Welt am Abend*:



»Das Verbot einer Zeitung richte sich vor allem auch gegen die Leser. Es solle ihnen unmöglich gemacht werden, ihre Meinung in einer ihnen weltanschaulich nahestehenden Zeitung bestätigt zu finden. Die Presse sei ein Teil des geistigen Lebens des Lesers, und im Falle eines Verbotes werde ihnen dafür kein Ersatz gegeben.«

In einem dritten Teil erläutert Everth anhand von Beispielen, dass und warum sich Presseverbote in der Vergangenheit als unwirksam, wenn nicht gar als schädlich für den Staat erwiesen haben. Das Argumentationsmuster wird durch mehrere Zeitungen belegt. »Presseverbote hätten fast immer das Gegenteil dessen erreicht, was sie bezwecken sollten« – so heißt es kurz und prägnant in der *Welt am Abend*. Die von Dora Lux wiedergegebenen Beispiele werden in der gleichen Zeitung ergänzt: »Evertlhl führt sehr anschaulich aus, dass z.B. unter Bismarck gerade die von der damals herrschenden Regierung unterdrückten Parteien und Zeitungen einen Aufschwung erfuhren. Auch Brüning, so erklärte Professor Evertlhl, habe durch seine Pressenotverordnung das Gegenteil seiner Absichten erreicht.«

Rückblickend wissen wir, dass mit dieser Selbststeuerungsthese die Gleichschaltung des öffentlichen Lebens und der Terror der NS-Diktatur nicht angemessen antizipiert wurden. Die Hoffnung, der NS-Staat werde sich durch seine dysfunktionale Politik selbst zu Grunde richten, erwies sich als falsch. Dennoch war die Rede von Erich Everth in der damaligen Situation, in der alle seine Fachkollegen schwiegen, bedeutsam.

Das gleiche Argumentationsmuster, bezogen auf die Versammlungsfreiheit, scheint Carl Falck verwendet zu haben. Er erinnert daran, »daß erst auf der Grundlage des in der Weimarer Verfassung niedergelegten und jetzt bedrohten Vereins- und Versammlungsrechts die Abstimmungskämpfe im Norden und Osten Deutschlands durchgeführt werden konnten.« (*Die Welt am Montag*, ähnlich in der *Vossischen Zeitung*) Ein weiteres Beispiel findet sich im *Berliner Tageblatt*: »Ohne die großen Organisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter hätte der Abwehrkampf im Ruhrgebiet nicht so entschieden geführt werden können.« Da die Rede Falcks ansonsten in den Medien nicht aufgegriffen wurde, und auch von Dora Lux nur gestreift wird, gehe ich nicht näher auf sie ein.<sup>58</sup>

Die verhaltene Kritik von Dora Lux an den drei Reden als zu akademisch und zu historisch dürfte am stärksten auf die Rede von Tönnies zugetroffen haben. In Ermanglung von Presseresonanz sei auf den Polizeibericht verwiesen. Wenn wir diesem glauben wollen, so sprach Tönnies fast eine Stunde, währenddessen viele Zuhörer rausgingen, die Unruhe im Saal immer größer wurde und kaum noch jemand ein Wort verstand. Das Manuskript der Rede von Tönnies ist überliefert.<sup>59</sup> Tönnies holt in seiner Rede weit aus. Beginnend mit Spinoza und Hobbes analysiert er die Spannung zwischen der Freiheit, zu philosophie-

ren, und dem Recht des Staates, Meinungen und Lehren zu verbieten. Beide Gelehrten »leugnen nicht, dass der Staat das Recht habe, in die Redefreiheit einzugreifen, aber sie warnen eindringlich jede Staatsregierung davor, von diesem Recht Gebrauch zu machen, und zwar um des Staates selber willen, weil er sich selber am meisten schade durch Intoleranz irgendwelcher Art.«<sup>60</sup> Der Redner verfolgt verschiedene Argumentationsstränge und Entwicklungslinien bis hin zur Weimarer Republik, um die Unantastbarkeit der Redefreiheit und Lehrfreiheit zu begründen. Viel Raum in seinem Referat erhält die Verankerung der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit in der Verfassung für Preußen von 1850 und ihre faktische Aufhebung im Zuge der preußischen Reaktion.

Die Rede bleibt historisch-theoretisch. Ihren Abschluss leitet er ein mit: »Getröstet wir uns der Tatsache, dass Redefreiheit und Lehrfreiheit, ob ihnen gleich Gefahren und Missbräuche anhängen, theoretisch schlechthin unanfechtbar dastehen.« In vorsichtigen Formulierungen hält er daran fest, dass die Wahrheit sich durchsetzen werde, und endet mit der Überzeugung, »dass zu diesem Siege nur die freie Rede und die freie Lehre *in einem Staate* helfen kann, der prinzipiell keine andere *Partei* nehmen darf als die Partei der Freiheit, der Wahrheit und des gesunden Fortschritts der Kultur.«<sup>61</sup>

Zur Politik der Nationalsozialisten steht im überlieferten Manuskript kein Wort, auch nicht zur gewaltsamen Einschüchterung von jüdischen und linken Gelehrten an den Hochschulen, die bereits eingesetzt hatte. Dabei hatte Tönnies 1932 mehrmals direkt und öffentlich vor den Nationalsozialisten gewarnt und noch in seiner Zusage als Redner auf dem Kongress die »Bewegung« und vor allem Hitler abfällig kritisiert.<sup>62</sup>

Möglicherweise ist Tönnies am Schluss seiner Ausführungen von seinem Manuskript abgewichen, denn im *Berliner Tageblatt* steht: »Seine Ansprache mündete in einen begeistert aufgenommenen Appell für die Freiheit und Wahrheit in Rede und Schrift«. Diese Stelle könnte aber auch als Freundlichkeit an den hochbetagten Gelehrten interpretiert werden, wenn in der *Welt am Montag* – alles andere weglassend – ebenfalls stünde: »Nach Falck bestieg der greise 85jährige Professor Tönnies aus Kiel die Rednertribüne, um einen begeistert aufgenommenen Appell für die Freiheit und Wahrheit in Lehre und Meinung an den Kongreß zu richten.«

Wie bei Dora Lux weiter nachzulesen, kennzeichnete Langatmigkeit aber nur einen Teil der Veranstaltung. Durch eine Intervention von außen entstand eine ganz andere, eine lebhaftere Stimmung, und auch der Abschluss des Kongresses war alles andere als akademisch.

*Das Freie Wort* profitierte davon, dass die schon mehrmals erwähnte, zeitlich parallel angesetzte Versammlung des Sozialistischen Kulturbundes nicht stattfinden konnte: »Für den Kongreß ergab sich daraus ein Gewinn: Die etwas ermüdende Folge der teilweise recht theoretischen Kongressreden wurde durch

den umso temperamentvolleren Bericht des bisherigen preußischen Kultusministers Grimme unterbrochen, an die sich die improvisierte Verlesung der Rede von Thomas Mann, die eigentlich in der Volksbühne gehalten werden sollte, unter begeisterter Zustimmung der Versammlung anschloss.« (Dora Lux)

Diese unerwarteten Programmbelebungen kommentiert Kurt Grossmann: »wir feierten den kleinen Triumph, der Polizei ein Schnippchen zu schlagen und zugleich ein Stückchen Einheitsfront zu verwirklichen.«<sup>63</sup>

Die Rede Thomas Manns wurde später bekannt unter dem Titel »Bekenntnis zum Sozialismus«.<sup>64</sup> Mit einigen Kürzungen wurde sie am 20. Februar 1933 in der *Vossischen Zeitung*, im *Berliner Tageblatt* und in der *Welt am Montag* veröffentlicht. Eine teils referierende, teils wörtliche Wiedergabe enthält auch die Zeitschrift *Das Freie Wort* von Siegfried Heilmann.<sup>65</sup> Dora Lux räumt der Rede in einer Zusammenfassung, in der sie vorrangig die brisanten Passagen referiert, ein Viertel ihres Kongressberichts ein.

Der zweite Höhepunkt des Kongresses war die Rede von Wolfgang Heine über die Freiheit der Kunst, die sich ebenfalls im Kern rekonstruieren lässt: Harry Graf Kessler berichtet: Heine »legte gleich mit den schärfsten Ausdrücken los, mit beißendem Spott und ätzender Ironie.« Worauf er zu Georg Bernhard sagte, »jetzt werde die Versammlung aufgelöst werden.«<sup>66</sup> Was dann auch passierte. Aber eben nicht gleich. Heine konnte noch etwa 20 Minuten sprechen. Er wandte sich zunächst »gegen die Uniformierung des Geistes« (*Vossische Zeitung*). Oder in der längeren Fassung von Dora Lux: »Feindschaft ist gesetzt zwischen Gewalt und Kunst. Wer das Individuum nicht anerkennt, kann kein Verständnis haben für das allerpersönlichste Schaffen der Kunst. Uralt ist der Haß der Philister gegen die Kunst, ihnen ist die Unterdrückung aller Andersdenkenden Pflicht (Goethe). Wohl muss Kunst Frucht einer großen Gesinnung sein, aber der e i g e n e n. Gewaltsam Kunst schaffen zu wollen, die einer bestimmten Richtung dient, widerspricht ihrem Wesen.«

Anschließend ironisierte der Redner die Kulturpolitik des wilhelminischen Zeitalters und kritisierte die aktuelle Kulturpolitik. Im Polizeibericht wird der Übergang zur Gegenwart wie folgt wiedergegeben: »Das aber, was sich die jetzigen Machthaber erlaubten, übersteige alles bisher Dagewesene.« Hierzu eine Präzisierung aus der *Ethischen Kultur*: Als Heine »im Zusammenhang damit und anschließend an seine Erinnerungen aus der Zeit der Lex Heinze die gegenwärtige Kunstpolitik der Nationalsozialisten, die Vertreibung von Heinrich Mann und Käthe Kollwitz aus der Akademie!<sup>67</sup> und verwandte Vorfälle der letzten Zeit kritisch und satirisch beleuchtet, wird die Versammlung durch die anwesende Polizei aufgelöst.« Einer der »Vorfälle«, auf die Heine einging, ereignete sich an der Staatlichen Kunstschule in Berlin-Schöneberg.<sup>68</sup> (u.a. *Frankfurter Zeitung*) Im Zusammenhang damit sagte Heine laut Polizeibericht »wörtlich: »Es gibt kein Recht gegen amtlich empfohlene Brutalitäten«. Diese Wendung ist mehrmals

überliefert. Sie meint, dass das Recht gegen amtlich empfohlene Brutalität machtlos ist.

Laut Polizeimeldung wurde die Versammlung aufgelöst »wegen Beschimpfung des preußischen Kultusministers Rust und Verächtlichmachung der christlichen Religion durch den Redner Wolfgang Heine.«<sup>69</sup> Die Telegraphen-Union gab folgende Gründe an: »Als der Redner von ›Brutalität‹ sprach, die amtlich angepriesen werde, und dann die Redewendung von ›einem vor Jahrhunderten in einem jüdischen Grab gefundenen Hakenkreuz‹ gebrauchte, erklärte der überwachende Kriminalkommissar die Versammlung für aufgelöst.« (*Die Welt am Montag*, gleichlautend *Die Welt am Abend*).

Die ironische Passage zur christlichen Religion und zum Hakenkreuz, das in einem Grab gefunden wurde, wurde offenbar nicht von allen verstanden. Im Bericht der beiden anwesenden Polizisten<sup>70</sup> lag das Hakenkreuz »in einem Christengrab«, und auch die Medien geben die Äußerungen Heines z.T. sinnentstellt wieder.

Am klarsten ist vermutlich die Passage durch Harry Graf Kessler überliefert: »Als Heine davon sprach, daß die neuerliche Bekehrung der Nazis zum Christentum vielleicht darauf zurückzuführen sei, dass in Palästina in einem zweitausend Jahre alten Grab kürzlich ein Hakenkreuz gefunden worden sei, trat der Polizeioffizier an Lange heran und erklärte die Versammlung als aufgelöst.«

Unter großem Lärm, Protestrufen, dem Gesang der *Internationale* und *Brüder zur Freiheit* leerte sich der Saal. Die abschließenden Worte von Harry Graf Kessler sind bekannt. Ich zitiere sie trotzdem: »In der Situation lag ein starkes, mitreißendes Pathos. Viele hatten sicher ebenso wie ich das Gefühl, dass dieses für lange Zeit das letzte Mal sei, wo Intellektuelle in Berlin öffentlich für die Freiheit eintreten könnten.«<sup>71</sup>

#### *Anmerkungen*

---

- 1 Die Angaben über die Teilnehmer gehen auseinander. Die genannte Anzahl stammt von den Veranstaltern.
- 2 Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933, auch genannt »Reichstagsbrandverordnung«.
- 3 Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes vom 4. Februar 1933. Sie besteht aus insgesamt 26 Paragraphen, in denen u.a. die Überwachung jeder politischen Versammlung durch einen »Beauftragten« der Polizei zur Norm erhoben wird. Die Gründe für ein Verbot und eine Auslösung von Versammlungen sind außerordentlich weit gefasst. Die Möglichkeit, Druckschriften, insbesondere Zeitungen und Zeitschriften zu verbieten, wird erweitert. Auch davor waren Presseverbote ergangen, besonders gegen kommunistische Zeitungen. Zum Ausmaß der Presseverbote seit Januar 1931 lag beim Kongress ein Flugblatt der Roten Hilfe aus.
- 4 Die Artikel in den genannten Zeitungen, außer in der *Welt am Montag*, sind überwiegend am 20. Februar 1933 vom Deutschen Pressemuseum unter Pressechronik

- 1933 ins Internet gestellt worden: <http://pressechronik1933.dpmu.de/2013/02/20/pressechronik-20-2-1933/> Ietzter Zugriff: 05.08.2013f.
- 5 *Neue Züricher Zeitung*, 20. Februar 1933, Mittagsausgabe, Deckblatt. Nichts dagegen steht in *The Times*, *Manchester Guardian* und *L'Humanité*. Die vier Zeitungen berichten aber durchaus über die Presseverbote, den Wahlterror in Deutschland und andere Maßnahmen der NS-Machthaber zum Abbau von Demokratie. Sogar die Nachricht über die verhinderte Kundgebung des Sozialistischen Kulturbundes in der Berliner Volksbühne (s.u.) fand ihren Weg in die *Times* und in *L'Humanité*.
  - 6 D. L. IDora Luxl. *Das freie Wort*, in: *Ethische Kultur. Monatsblatt für ethisch-soziale Neugestaltung*, 41. Jg., Nr. 3, Berlin, den 15. März 1933, 43–46. Die Zeitschrift bestand von 1882–1936, zunächst als Wochenschrift, später als Monatsschrift. Alle 44 Jahrgänge wurden von der *Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung*, Berlin, ins Internet gestellt.
  - 7 Dr. Dora Lux (1882–1959) war in einem freigeistig-liberalen Milieu im Einflussbereich der Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur aufgewachsen. Sie gehörte zu den frühen Abiturientinnen und den ersten akademisch gebildeten Lehrerinnen in Deutschland. Im April 1933 erhielt sie, weil sie vier jüdische Großeltern hatte, Berufsverbot. Nach 1938 missachtete sie die gesetzlichen Anordnungen, sich als Jüdin registrieren zu lassen. Sie überlebte ohne falsche Papiere und ohne in den Untergrund zu gehen, in ihrem gewohnten Umfeld in Berlin. Dora Lux zeichnete im Jahr 1933 für den gesamten Inhalt der *Ethischen Kultur* verantwortlich und publizierte dort teils unter ihrem vollen Namen teils mit ihren Initialen weitere Artikel. Siehe hierzu Hilde Schramm, *Meine Lehrerin, Dr. Dora Lux. 1892–1959. Nachforschungen*. Reinbek b. Hamburg 2012, besonders das Kapitel »Dora Lux als Autorin der Zeitschrift *Ethische Kultur* 1933–1936«, 155–178. Auf den Seiten 161–166 gehe ich kurz auf »Das Freie Wort« ein, wobei einige Details durch meine neuerliche Beschäftigung mit dem Kongress inzwischen überholt sind. Verweisen möchte ich auch auf meinen Exkurs zu den letzten Jahren des Bestehens der *Ethischen Kultur*, der vom Verlag ins Internet gestellt wurde: Hilde Schramm, *Zeitschrift und Gesellschaft ethische Kultur. 1931–1936*, unter [http://www.rowohlt.de/fm/634/Schramm\\_Exkurs\\_4.pdf](http://www.rowohlt.de/fm/634/Schramm_Exkurs_4.pdf) Ietzter Zugriff 05.09.2013f.
  - 8 Kurt R. Grossmann, *Ossietsky. Ein deutscher Patriot*, München 1963, 340–347.
  - 9 Harry Graf Kessler, *Tagebücher 1918–1937*, Frankfurt/Main 1961, 749f.
  - 10 Babette Gross, *Willi Münzenberg. Eine politische Biographie*, Stuttgart 1968, 244f. Babette Gross war die Lebensgefährtin und eine enge Mitarbeiterin Münzenbergs.
  - 11 Alfred Kantorowicz, *Deutsches Tagebuch. Erster Teil*, München 1959, 393–396.
  - 12 Bundesarchiv, Standort Berlin-Lichterfelde, *Bestand R 58 / 391*, RSHA (Reichs-Sicherheits-Hauptamt) Kongreß »Das freie Wort« Februar 1933. Die Unterlagen gehörten ursprünglich zum Bestand *Sicherheitspolizei und politischer Nachrichtendienst*, der Vorgängerbehörde des 1939 gegründeten RSHA. Sofern nicht anders vermerkt stammen alle verwendeten Dokumente aus diesem Bestand.
  - 13 Dora Lux und andere aus der Zeit schreiben den Titel »Das freie Wort« in der Regel mit kleinem »f«, die Veranstalter des Kongresses meist ganz in Großbuchstaben.
  - 14 Klaus Briegleb und Walter Uka, *Zwanzig Jahr nach unserer Abreise ...*, in: *Exilforschung. Ein Internationales Jahrbuch*, Bd. 1, München 1983, 203–244. Dort sind auch die wichtigsten Unterlagen aus dem Bundesarchiv besser lesbar nachgedruckt. Der Aufsatz besteht aus drei Teilen, die jeweils einem der Autoren zugeordnet sind: »In Teil I kommentiert W. Uka die von ihm aufgefundenen Dokumente. In Teil III legt sie K. Briegleb mit Anmerkungen versehen vor.« Teil II, die eigentliche Interpretation, stammt ebenfalls von K. Briegleb (vgl. ebd., Anm. 203).

- 15 Richard Albrecht, *Ferdinand Tönnies und der Kongress ›Das Freie Wort‹ 1933: Eine urkundliche Mitteilung*, in: *Sociologica Internationalis*, 28/1990, 87–90.
- 16 »Das Freie Wort. 1933 – Vom Ende der Pressefreiheit zum Terrorsystem«. Veranstaltung am 19.02.13 im Willy-Brandt-Haus. Veranstalter: Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V., Deutsches Pressemuseum im Ullsteinhaus e.V. und Kulturforum der Sozialdemokratie.
- 17 Es handelt sich um *Das Freie Wort. Sozialdemokratisches Diskussionsorgan*, das von 1928 bis Ende Februar 1933 bestand.
- 18 Im August 1932 hatte eine Reihe von Personen einen »Aktionsausschuss unter dem neutralen Namen ›Das Freie Wort« gegründet (Kurt R. Grossmann, *Ossietzky*, 342). Dieser Ausschuss wurde als Initiativkomitee »Das Freie Wort« Anfang Februar 1933 reaktiviert.
- 19 Dr. Arthur Pfungst (1864–1912), ein Frankfurter Unternehmer, Verleger, Freidenker, Dichter und Förderer der freigeistigen Bewegung, wurde 1911 zum ersten Vorsitzenden des Weimarer Kartells, eines Zusammenschlusses unabhängiger und fortschrittlicher Vereinigungen, gewählt. Die Zeitschrift bestand über seinen Tod hinaus.
- 20 Im Polizeibericht der Abt. I. Ad. II5 vom 13. Februar steht: »Dieser Kongreß ist auf Veranlassung Münzenbergs durch die unter dem Einfluß der R.G.O. [Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition] stehenden Berliner Ortsgruppe des ›Schutzverbandes deutscher Schriftsteller‹ (S.D.S.) einberufen, vorbereitet und organisiert worden. / Unter Betonung völliger Überparteilichkeit hat sich ein ›Initiativ-komitee‹ unter der Leitung von Dr. Rudolf Olden, Büro Regentenstr. 5 von der Ortsgruppenleitung des S.D.S. gebildet.« (Olden gehörte dem Vorstand des S.D.S. an, ebenso dem Vorstand der Deutschen Liga für Menschenrechte.) Im Bericht steht weiter unten, dass »die Ortsgruppe des SDS in enger Verbindung mit der ›Internationalen Vereinigung revolutionärer Schriftsteller in Moskau steht.« Die unterstellte kommunistische Steuerung führt zur Aussage: »Um dem Kongreß einen möglichst überparteilichen Anstrich zu geben, ist die Zustimmung einer Reihe bekannter und namhafter Persönlichkeiten eingeholt worden [...]« (Bundesarchiv, Standort Berlin-Lichterfelde, *Bestand R 58 / 39I*, Blatt 28)
- 21 Über Kurt R. Grossmann liegt eine Dissertation der Universität Potsdam vor: Lothar Mertens, *Unermüdlicher Kämpfer für Frieden und Menschenrechte. Leben und Wirken von Kurt R. Grossmann*, Berlin 1997. Der Autor geht auf den Kongress »Das Freie Wort« nur kurz ein (ebd., 79) und hat offensichtlich keine neuen Quellen dazu gefunden.
- 22 Alfred Kantorowicz, *Deutsches Tagebuch*, 393. Ein anderer Weggefährte schrieb 1947 über ihn: Olden sah voraus, dass »die braunen Abwässer nicht nur den Marxismus, sondern die Bürgerfreiheit eines jeden Deutschen zu überspülen drohten [...]; er warnte mit seiner Feder vor Hitler: ›Glaubt ihm nicht!‹ ... er berief noch im Februar, 1933, als schon die Henker durch Deutschland rasten, in Berlin den historischen Kongress ›Das freie Wort‹ ein. Er hatte den Mut zur Bürgerfreiheit, den Mut für Bürgerfreiheit zu kämpfen; er war einer der letzten freien Bürger Deutschlands.« (Maximilian Scheer, *Rudolf Olden*, in: *Ost und West*, hg. von Alfred Kantorowicz, 1. Jg., Nov. 1947, Heft 5, 4f.)
- 23 Erhard Metz, *Rudolf Olden. Anwalt und Journalist - vergessen?*, in: *Feuilleton Frankfurt. Das Online-Magazin* von Erhard Metz, eingestellt am 11.07.2010, anlässlich einer Ausstellung *Journalist gegen Hitler – Anwalt der Republik* des Deutschen Exilarchivs 1933–1945 der Deutschen Nationalbibliothek vom 26. März bis 28. Juli 2010 in Frankfurt/Main.

- 24 Es handelt sich um den »Dringenden Appell« des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) zur taktischen Kooperation von SPD und KPD bei der Reichstagswahl im Juli 1932 und gleichlautend zur Reichstagswahl im März 1933. Siehe [http://de.wikipedia.org/wiki/Dringender\\_Appell\\_%281932%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Dringender_Appell_%281932%29) letzter Zugriff 05.09.2013l. Er war Mitte Februar 1933 sogar einige Tage lang als Plakat im Berliner Straßenbild zu sehen.
- 25 Georg Bernhard (1875–1944), Journalist, Autor, Dozent, Politiker. 1906 aus der SPD ausgeschlossen. Mitbegründer der DDP. 1928 bis 1930 Reichstagsabgeordneter. Als Chefredakteur der *Vossischen Zeitung* (1920 bis 1930) formte er deren linksliberales Image mit.
- 26 Kurt R. Grossmann, *Ossietzky*, 342.
- 27 Die Ausführungen von Grossmann werden durch Babette Gross bestätigt und ergänzt: »Das Komitee »Das Freie Wort« war im August 1932 auf Veranlassung von Georg Bernhard und unter dem Vorsitz von Heinrich Mann und Rudolf Olden gegründet worden.« (Gross, *Willi Münzenberg*, 244).
- 28 Am Abend davor war eine Liga-Versammlung, auf der Carl von Ossietzky das erste Mal seit seiner Haftentlassung hatte sprechen wollen, vermutlich im Vorgriff auf die neue Notverordnung, ganz kurzfristig verboten worden.
- 29 Im Programm erscheint Ernst Schneller dann aber nicht unter den dreizehn im Programm aufgeführten Namen, die sich zur *Generalaussprache* angemeldet hatten. Über die Ursache ist nichts bekannt.
- 30 Kurt R. Grossmann, *Ossietzky*, 342f.
- 31 Alfred Kantorowicz (*Deutsches Tagebuch*, 395f.) schreibt bezogen auf Rudolf Olden: »Was meine Erinnerung an den vornehmen, zurückhaltenden, ritterlichen Mann wachhält, ist [...] insbesondere eine Episode, über die wir beide, als ich ihn zuletzt 1934 in London sah, bitter gelacht haben.« Kantorowicz hatte in der *Welt am Abend* im Vorfeld des Kongresses geschrieben, »dass es Zeiten gäbe, da das freie Wort nicht mehr durch Worte allein, sondern durch die Tat verteidigt werden müsse.« (Rückblickend bezeichnet er den Artikel als »übereifrig«.) Daraufhin wurde gegen ihn ein Haftbefehl erlassen, dem er sich zwar entziehen konnte, seine Wohnung aber wurde von Polizei und SA verwüstet und ausgeraubt. Als ihn die »routinemäßig gesandte Einladung zum Kongreß« in seinem Versteck erreichte, antwortete er, er würde »der Einladung auf jede Gefahr hin Folge leisten, wenn man mir die Möglichkeit gäbe, das gleiche, was ich in meinem Artikel [...] geschrieben hätte, noch einmal von der Tribüne des Kongresses aus als letzten und äußersten Appell zum Widerstand bekanntzumachen«. Die Antwort mit ihrem »unfreiwillig paradoxen Wortlaut«, die er »stets im Gedächtnis behalten« habe, erinnert er wie folgt: »Sehr geehrter Herr Doktor! In Anbetracht der obwaltenden Umstände ersuchen wir Sie dringendst, von Ihrem Vorhaben abzustehen, auf dem Kongreß »Das freie Wort« das Wort zu ergreifen. Hochachtungsvoll [...] gez. Dr. Rudolf Olden!«.
- 32 Polizeibericht I. Ad.III 1, entnommen aus Klaus Briegleb und Walter Uka, *Zwanzig Jahr nach unserer Abreise ...*, 228.
- 33 Trotz der publizistischen Begleitung in der *Welt am Abend* ist es unzutreffend, dass der Kongress »faktisch von der Willi-Münzenberg-Propaganda-Maschine organisiert wurde«. So Richard Albrecht, *Ferdinand Tönnies und der Kongress »Das freie Wort«*, 88.
- 34 Mit der Strategie Münzenbergs, nicht parteigebundene Personen für die Akzeptanz der KPD-Politik zu nutzen, setzt sich Babette Gross kritisch auseinander, insbesondere in den Unterpunkten »Schutzpatron der fellow traveller« und »Aufmarsch



- der Friedenskämpfer: des Kapitels »Propagandist für Sowjetrußland« (Gross, *Willi Münzenberg*, 230–240). Klaus Briegleb deutet den Kongress das Freie Wort – mit großem Respekt für den »Einzelkämpfer in seiner Partei« – als eine von Münzenberg inszenierte »augenblicksgerechte Lernsituation im Volksfrontumriß« (*Zwanzig Jahr nach unserer Abreise ...*, 209 und 211).
- 35 Die Wendung von den »uralten demokratischen Grundrechten« aus dem Aufruf zum Kongress greifen mehrere Artikel in der *Welt am Abend* auf.
- 36 Kurt R. Grossmann, *Ossietzky*, 343.
- 37 Siehe »Einladung an alle freiheitlichen Organisationen«. Das Dokument wurde vom Deutschen Pressemuseum, Pressechronik am 19.02.2013, ins Internet gestellt.
- 38 Abgedruckt bei Klaus Briegleb und Walter Uka, *Zwanzig Jahr nach unserer Abreise ...*, 226.
- 39 Der Kongress wurde am 13. Februar 1933 von Rudolf Olden bei der Polizei Abt. A I mit der Ortangabe »großer Festsaal bei Kroll« angemeldet. (Siehe Anmeldung mit Eingangsstempel vom 14. Februar im Bundesarchiv, Standort Berlin-Lichterfelde, Bestand R 58 / 391, Blatt Nr. nicht lesbar). Die Genehmigung ließ auf sich warten, denn am 17. Februar 1933 bittet Olden »gemäß unserem heutigen Telefongespräch« um Bestätigung (ebd., Blatt 31).
- 40 Aus der »Einladung an alle freiheitlichen Organisationen« (s.o.).
- 41 Kurt R. Grossmann, *Ossietzky*, 343f. Dort auch sinngemäß das Antwortschreiben von Grossmann an Heinrich Mann.
- 42 In der *Welt am Abend* waren teilweise nur die Anfangsbuchstaben der Vornamen und die Nachnamen der Genannten abgedruckt. In meinem Beitrag habe ich die fehlenden Vornamen ergänzt. Vier Namen, die später im Initiativkomitee nicht mehr auftauchen, habe ich weggelassen.
- 43 Brief von C. Z. Klötzel an Rudolf Olden, 8. Februar 1933, abgedruckt in der *Jüdischen Rundschau* Nr. 12 vom 10. Februar 1933, 57.
- 44 Die Zusammensetzung der Erstunterzeichner entspricht im Wesentlichen den Intentionen der Veranstalter. In einem, allerdings undatierten Aufruf, steht: »Wir wenden uns zunächst und in erster Linie an die Männer der Wissenschaft, der Wirtschaft, des Verlagswesens, Schriftsteller, Rechtsanwälte aller Kreise und aller Parteien.« (abgedruckt bei Klaus Briegleb und Walter Uka, *Zwanzig Jahr nach unserer Abreise ...*, 219).
- 45 Kurt R. Grossmann, *Ossietzky*, 345.
- 46 Ebd., 351.
- 47 Unklar ist, wie die Zusammensetzung des Präsidiums zustande kam und welche Funktion es überhaupt hatte. Möglicherweise entstand es mehr oder weniger auf Zuruf erst am Abend zuvor. Harry Graf Kessler zumindest schreibt: »Ich war, ohne mein Wissen, bei der vorbereitenden Sitzung gestern [18.02.1933] ins Präsidium gewählt worden.« (*Tagebücher 1918-1937*, 749) Dass sich »der engere Kongreßausschuß« – also nicht das Präsidium – am Vorabend traf, und zwar im Restaurant Kempinski in der Friedrichstraße, wissen wir auch durch Grossmann (s.o.) im Textl.
- 48 Kurt R. Grossmann, *Ossietzky*, 346.
- 49 Siehe den Kommentar zur Namensliste [des Initiativkomitees] in: Klaus Briegleb und Walter Uka, *Zwanzig Jahr nach unserer Abreise ...*, 231–234.
- 50 In den Medien und anderen Quellen werden die verschiedenen Programmpunkte teils ausgelassen, teils zusammengefasst. Am genauesten ist der Bericht in der *Welt am Montag* und in der *Frankfurter Zeitung*. Durch Hinzuziehung des Polizeiberichts kann der oben angegebene Ablauf als gesichert gelten.

- 51 Hans Emil Lange wurde schon 1924 in Mecklenburg als Chef der Ordnungspolizei wegen allzu großer Republiktreue in den Ruhestand geschickt. Seit 1925 war er als technischer Leiter des *Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold* für Berlin-Brandenburg tätig.
- 52 D. L. IDora Luxl, *Das freie Wort*, in: *Ethische Kultur*, 45.
- 53 Erich Everth (1878–1934) war Inhaber eines Lehrstuhls für Zeitungskunde an der Universität Leipzig. Über ihn informiert Eric Koenen, *Ein »einsamer« Wissenschaftler? Erich Everth und das Leipziger Institut für Zeitungskunde zwischen 1926–1933. Ein Beitrag zur Bedeutung des Biographischen für die Geschichte der Zeitungswissenschaft*, in: *Medien & Zeit*, 20(2005)1, 38–50.
- 54 Über Dr. Carl Falck (1884–1947), Verwaltungsjurist und Mitglied der DDP, war wenig, was über den Wikipedia-Eintrag hinausgeht, in Erfahrung zu bringen. Von 1930 bis zur Absetzung der Preußischen Staatsregierung im Juli 1932 war er Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen. Anschließend arbeitete er als Rechtsanwalt in Berlin. Nach der NS-Machtübernahme war er zeitweilig inhaftiert und im Konzentrationslager. Falck gehört zu den heute vergessenen NS-Gegnern aus dem liberalen Spektrum.
- 55 Zu Ferdinand Tönnies (1855–1936), dem »Altmeister der Soziologie«, wie ihn das *Berliner Montagsblatt* am 20.02.1933 betitelt, siehe Richard Albrecht, *Ferdinand Tönnies und der Kongress »Das Freie Wort«*, 87–90. Zusätzlich erwähnt werden soll, dass Tönnies Gründungsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur war und bis kurz vor seinem Tod in der *Ethischen Kultur* veröffentlichte. Hinweisen möchte ich zudem auf einen bislang nicht beachteten dreiseitigen Brief von Tönnies an Rudolf Olden vom 12. Februar 1933, in welchem er die Einladung als Redner annimmt und seine Motive dazu erläutert. (Nachlass Ferdinand Tönnies, Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, Kiel, Bestand C b 54, 51; 13, 12 Olden, Rudolf).
- 56 In Sachsen war bekannt geworden, dass Everth auf dem Kongress in Berlin als Redner aufgetreten war. Die *Allgemeine Zeitung Chemnitz* scheint ihn deswegen angegriffen zu haben. In einem Schreiben vom 15. März 1933 an das Sächsische Ministerium für Volksbildung in Dresden weist Everth Vorwürfe gegen ihn zurück, indem er den rein wissenschaftlichen Charakter seiner Rede betont. Er habe eingangs gesagt, »dass er als Theoretiker hierher berufen sei, also keine Agitationsrede halten wolle, ja unparteiisch sein werde, da die Sache nach meiner Meinung keine parteipolitische Darstellung brauche.« Im Weiteren distanziert er sich von der polemischen Rede Heines und davon, dass nach der Auflösung des Kongresses ein Teil der Anwesenden die Internationale sang. Auch spielt er die Aktualität seines Referats herunter, das »nicht auf den Tag zugespißt, sondern zum guten Teil historisch gehalten war«. Ohne Bezug zu seiner Rede in Berlin stellt das genannte Ministerium am 29. April 1933 seine politische Zuverlässigkeit generell in Frage: »Es ist hier vorgebracht worden, dass Sie in Ihren Vorlesungen und Übungen eine Einstellung zu den politischen und nationalen Fragen an den Tag gelegt hätten, die in keiner Weise vereinbar wäre mit den Forderungen, die an einen Hochschullehrer im neuen Staat gestellt werden müssen.« Er wird »ersucht«, auf die Ausübung seines Lehramtes und weiterer Ämter in der Universität »zu verzichten.« Woraufhin er sich in einer Stellungnahme vom 1. Mai 1933 bemüht, seine »nationale Zuverlässigkeit« nachzuweisen. (Die Korrespondenz befindet sich im Universitätsarchiv Leipzig, Personalakte Everth.) Ich gehe davon aus, dass sein Biograf Eric Koenen, genauer als es mir möglich ist, die Gründe für das Berufsverbot und den politischen Standort Everths klären kann.
- 57 D. L. IDora Luxl, *Das freie Wort*, in: *Ethische Kultur*, 44.
- 58 Laut Polizeibericht kritisierte Falck die Notverordnung vom 4. Februar nur wegen ihrer politisch einseitigen Stoßrichtung: »Was daran auszusetzen wäre sei, dass sie

- einseitig gehalten sei, und zwar deshalb, weil eine Anwendung auf nationale Parteien nicht möglich sei. Ein Beweis für diese Behauptung sei in der amtlichen Bekanntmachung zu ersehen.«
- 59 Ferdinand Tönnies, [*Die Lehr- und Redefreiheit*], in: ders., *Gesamtausgabe*, Bd. 23/2, *Nachgelassene Schriften*, hg. v. Brigitte Zander-Lüllwitz und Jürgen Zander, Berlin–New York 2005, 435–447 (mit Editorischem Bericht im Apparat).
- 60 Ebd., 438.
- 61 Ebd., 447.
- 62 Siehe mehrere Veröffentlichungen aus dem Jahr 1932 in: Ferdinand Tönnies, *Gesamtausgabe*, Band 22, hg. v. L. Clausen, Berlin–New York 1998, sowie die frühere Anmerkung zu Tönnies mit Verweis auf seinen Brief an Rudolf Olden vom 12. Februar 1933.
- 63 Grimme hatte Grossmann während des Kongresses angerufen und mit ihm abgemacht, dass er die Rede ersatzweise auf dem Kongress verlesen könne (Kurt R. Grossmann, *Ossietzky*, 346).
- 64 Die verlesene Rede von Thomas Mann hat die Form eines Briefes (München, 12. Januar 1933) an Adolf Grimme und ist abgedruckt mit Kommentar in: Thomas Mann, *Gesammelte Werke*, Bd. 12: *Reden und Aufsätze*, Frankfurt/Main 1974, 678–694 und 980. Thomas Mann hatte sein Fernbleiben mit »gesundheitlichen Gründen« entschuldigt. Am 19. Februar aber war er in Paris und hatte dort einen Vortrag über Richard Wagner gehalten (*Berliner Börsenkurier*, 20.02.1933, 3). Die Einladung an Thomas Mann, dessen Absage und alle anderen Begleitumstände sind beschrieben in: Kai Burkhardt, *Adolf Grimme (1889–1963). Eine Biographie*, Köln–Weimar–Berlin 2007, 150–155. 1947 las Grimme auf einer Tagung die Rede erneut vor. Kai Burkhardt vermerkt hierzu: »Ein gewisser Groll blieb vierzehn Jahre erhalten. Thomas Mann habe nicht gegen den Nationalsozialismus sprechen können, da er »erkältet« gewesen sei.« (ebd., 154f.).
- 65 *Thomas Manns Bekenntnis zum Sozialismus*, in: *Das Freie Wort. Sozialdemokratisches Diskussionsorgan*, 5. Jg., H. 9, vom 26. Februar 1933, 287f. (unsigniert).
- 66 Harry Graf Kessler, *Tagebücher 1918–1937*, 749.
- 67 Heinrich Mann und Käthe Kollwitz waren am 15. April 1933 auf Druck von Kultusminister Rust aus der Preußischen Akademie der Künste ausgetreten. Rust hatte mit Auflösung der Akademie gedroht. Anlass der massiven Erpressung war, dass H. Mann und K. Kollwitz den »Dringenden Appell« zur Zusammenarbeit von SPD und KPD bei den anstehenden Wahlen unterzeichnet hatten.
- 68 In die Staatliche Kunstschule in Berlin-Schöneberg waren am 17. Februar 1933 etwa 25 uniformierte SA-Männer eingedrungen, hatten einige angeblich marxistische Professoren handgreiflich bedroht und anschließend auf dem Dach des Gebäudes ein Hakenkreuzfahne gehisst.
- 69 I. A [unleserlich] Dauerdienst. Berlin, den 19. Februar 1933. Meldung! Krim.-Kom. Geissler teilt um 14,30 Uhr fernmündlich mit: [folgt der oben mitgeteilte Wortlaut, Bundesarchiv, Standort Berlin-Lichterfelde, *Bestand R 58 / 391*, Bl. 31
- 70 Bundesarchiv, ebd., Bl. 32. Der bisherige Berichterstatter hatte sich durch zwei andere Polizeibeamte ablösen lassen. Hierzu Kurt R. Grossmann: »Gegen Mittag kam Robert Kempner zu mir, um mir zu sagen, der Kriminalkommissar habe ins Präsidium telefoniert, er könne den Referaten nicht folgen, und man wolle vom Alexanderplatz einen anderen Beamten schicken. Jetzt würde die Sache brenzlich werden. [...] Als Heine zum Rednerpult ging, sah ich den Ersatzmann vom Polizeipräsidium hereinkommen.« (*Ossietzky*, 346).
- 71 Harry Graf Kessler, *Tagebücher 1918–1937*, 749.